

Ratsherr Krampfer bringt als Vorsitzende des Planungs- und Umweltausschusses einen Änderungsantrag ein, dem der Planungs- und Umweltausschuss in seiner Sitzung am 02.02.2022 zugestimmt hatte. Demnach soll der Antragstext um folgende Ziffer 4 ergänzt werden:
„Die Verwaltung möge prüfen, ob im Bieterverfahren als gesonderter Punkt der Bau der Kita nach Maßgabe des Raumprogramms mit einbezogen werden kann. Dabei soll die Errichtung durch einen Bieter für die Stadt erfolgen, die dann das Gebäude mietet oder einer der Wohlfahrtsverbände, der an dem Betrieb einer Kita interessiert ist.“

Der Hauptausschuss hatte diese Änderung ebenfalls befürwortet.

Ratsherr Griese bringt für die Ratsfraktion DIE LINKE einen Änderungsantrag ein, welcher bei TOP 26 im Ratsinformationssystem hinterlegt wird. Demzufolge soll der Antragstext dahingehend geändert werden, dass das Grundstück der ehemaligen Scholtz-Kaserne in Erbbaurecht zu vergeben ist.

Über diesen Änderungsantrag wird kontrovers diskutiert. Dabei wird auch kritisiert, dass die Wobau als städtisches Tochterunternehmen einem für sie maßgeblichen Beschluss der Ratsversammlung schlichtweg nicht gefolgt ist. Dies sei nur ein Beispiel von mehreren, in denen Beschlüsse der Ratsversammlung nicht umgesetzt werden. Herr Oberbürgermeister Bergmann erklärt, dass die Wobau aufgefordert ist, sich am Bieterverfahren zu beteiligen. Wenngleich die Lösung mit dem Erbbaurecht eine gute Idee sei, gelte es im konkreten Fall schnell zu Ergebnissen zu kommen, so dass der Änderungsantrag nicht zu befürworten sei.

Herr Oberbürgermeister Bergmann stellt in Aussicht, Einnahmen aus Grundstücksverkäufen künftig einem Sondervermögen zuzuführen, aus dem wiederum Grundstücksankäufe ermöglicht werden sollen. Einnahmen aus Grundstücksverkäufen sollten grundsätzlich nicht der Haushaltskonsolidierung dienen.

Auch diese Idee wird kontrovers diskutiert.

Ratsfrau Bühse weist auf die erheblichen Vorleistungen hin, die die Stadt bereits erbracht habe. Sie plädiert dafür, bei der Ausschreibung Bedingungen zu formulieren, die gewährleisten, dass die Erschließungskosten nicht allein von der Stadt getragen werden müssen.

Sodann wird dem Änderungsantrag gemäß Planungs- und Umweltausschuss mehrheitlich zugestimmt:

Ja-Stimmen:	36
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	2

Der Änderungsantrag der Ratsfraktion DIE LINKE wird mehrheitlich abgelehnt:

Ja-Stimmen:	1
Nein-Stimmen:	37
Enthaltung:	0

Es folgt die Abstimmung über die Vorlage in der geänderten Fassung.